

N I E D E R S C H R I F T

**über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und
Beschäftigung
am 21.07.2005
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

Vorsitz : Stv. Dieter Horschler

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht öffentlichen

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 16/05 bis 20/05

(Drucksachenband 101)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Beginn: 15:05 Uhr

Ende: 16:15 Uhr

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Tagesordnung siehe Anlage 3
Veröffentlichung siehe Anlage 4

**Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
Wirtschaft und Beschäftigung am 21.07.2005**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung 1

0215 Tagesordnung

einstimmig

0216 05-V-05-0005
Einführung eines Regiebetriebes "Wiesbaden Marketing"

Die SPD würde es gerne sehen, wenn der Bereich Internetauftritt weiterhin von I/P federführend betreut würde.

Stadtrat Bendel vertritt hingegen die Auffassung, dass die Gestaltung des Internetauftritts einer Stadt zwangsläufig in den Bereich Marketing gehöre.

Stv. Burghardt möchte die bisherige Struktur beibehalten.

Stv. Tollebeek lobt die Erfolge der Pressestelle, möchte deren Ergebnisse aber noch verbessern.

Dem Änderungsantrag könne man nicht zustimmen.

Stv. Horschler sieht die Einführung des Regiebetriebs als ersten Schritt in Richtung Privatisierung.

Die CDU vertritt grundsätzlich die Meinung, dass die Stadt an der Gesellschaft die Mehrheit haben soll und dass sich Hotellerie und Gastronomie beteiligen sollen. Synergien müssten gebündelt werden.

gegen SPD und Grüne

Die beiden folgenden Punkte werden gemeinsam beraten:

Die SPD fragt nach einer Stellungnahme des Rechtsamtes. Diese hätte man zu dieser wichtigen Angelegenheit längst anfordern müssen. Es sei fraglich, ob man überhaupt zu einer Renovierung verpflichtet sei.

Die Verwaltung weist auf den erheblichen Investitionsstau hin. Allein für Fassade und Fenster sei ein Aufwand von mindestens 2,8 Mio. € nötig.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Stadt erheblich bessere Vermarktungschancen hätte, wenn das Land ausziehen würde.

Stv. Burghardt sieht keinen sofortigen Handlungsbedarf und möchte die Angelegenheit weiter diskutieren.

0217 05-V-80-2335
Gemeinsame Vermarktung LHW und Land Hessen der Grundstücke des ehem.
Polizeipräsidiums

gegen Grüne, Enth.SPD

0218 05-V-80-2334
Gemeinsame Vermarktung LHW und Land Hessen der Altliegenschaften im Bereich altes
Polizeipräsidium Wiesbaden sowie Platz der deutschen Einheit

einstimmig

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
Wirtschaft und Beschäftigung am 21.07.2005**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0219 05-V-80-2333
Verkauf eines Gewerbegrundstücks im Gewerbegebiet "Kloppenheimer Weg" in
Wiesbaden-Bierstadt lfd. Nr. 4

gegen Grüne

0220 05-V-80-2329
Rhein-Main-Hallen; Neubau Eingangsbereich

Die SPD hält eine Rahmenplanung im Vorfeld der Maßnahme für sinnvoll.
Hierbei sollten der Vorplatz des Museums und auch der Platz vor der Dresdner Bank berücksichtigt
werden.

Stadtkämmerer Dr. Müller weist darauf hin, dass der Denkmalpfleger kontinuierlich in die Planungen
einbezogen ist.

einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, 2005

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Horschler

Tollebeek

Kessel